

Wie das Silo-Denken überwinden? Eine Auslegeordnung

9. Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung
Beni Würth, Ständerat, ehem. Regierungsrat und Präsident der
Konferenz der Kantonsregierungen

Agenda

- Fallbeispiel eGovernment St. Gallen
- Fallbeispiel Digitale Verwaltung Schweiz
- Zusammenfassung / Learnings / Empfehlungen
- Aktuelle Erfahrungen aus der Bundespolitik

Übersicht IT-Reformpaket

IT-Reformpaket	
<p>E-Government</p> <p>Institutioneller Rahmen über E-Gov-Zusammenarbeit</p> <p>Gemeinsame Aufgabenerfüllung im E-Gov-Bereich stärken</p> <p>Finanzierung gemeinsam langfristig regeln</p>	<p>Geodaten</p> <p>Umsetzung Bundesrecht durch GeolG-SG notwendig</p> <p>Partnerschaftliches Zusammenwirken von Kanton und Gemeinden</p> <p>Klare Aufgabenzuteilung sicherstellen</p>



Vision E-Government-Strategie

E-Government ist für die St.Galler Bevölkerung und Wirtschaft selbstverständlich.

Bevölkerung und Wirtschaft nutzen E-Government-Services des Kantons und der Gemeinden flächendeckend. Die Behörden machen der Bevölkerung und der Wirtschaft ihre Daten zur Einsicht und zur Nutzung zugänglich. Die Behörden arbeiten effizient in digitalisierten Prozessen zusammen und schaffen wirtschaftliche Vorteile.

Ziele und Instrumente E-Government Gesetz

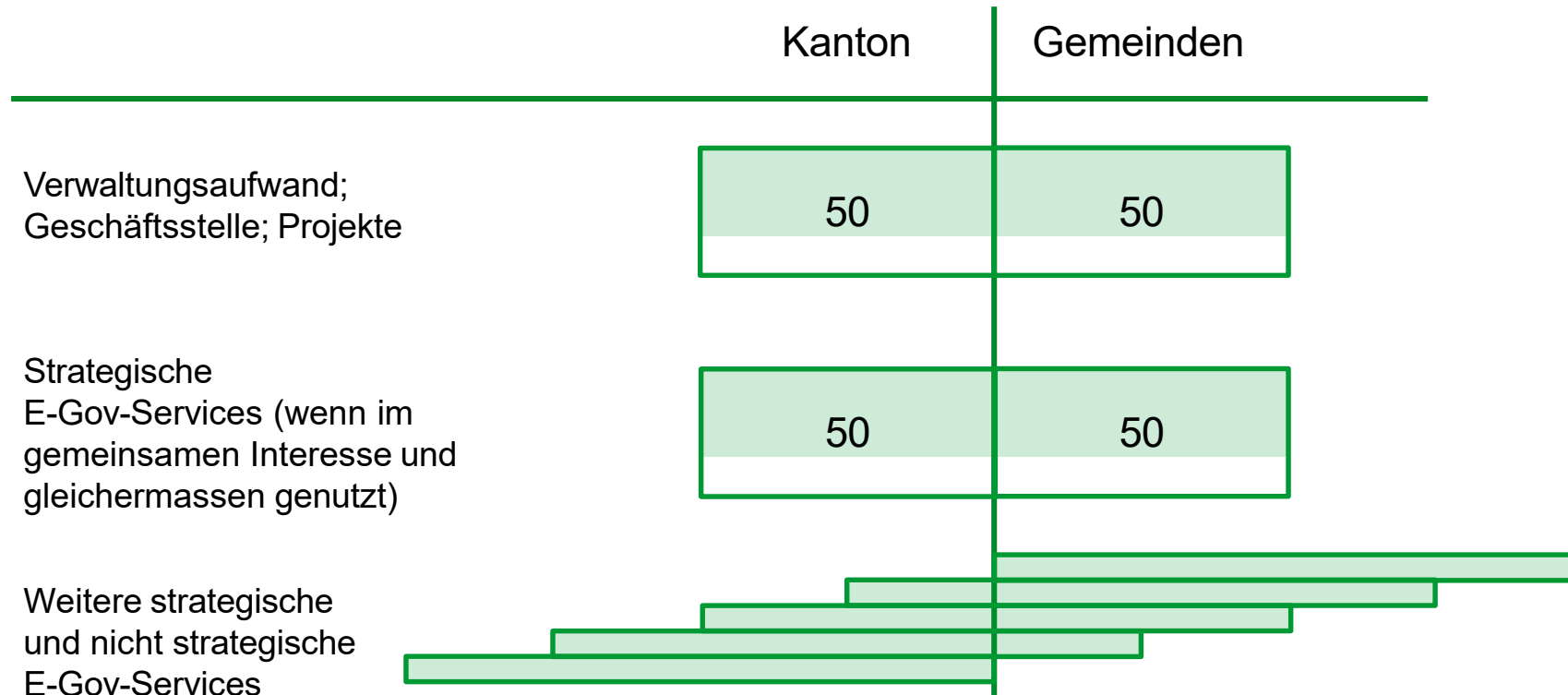
Ziele:

- Stärkung staatsebenenübergreifende Zusammenarbeit und Nutzung von Skaleneffekten ermöglichen (Kostenoptimierung)

Instrumente:

- Gemeinsame **Organisation** (eGovernment St.Gallen digital.) mit paritätischen Organen und Verordnungskompetenz. Öffentlich-rechtliche Anstalt (Träger: Kanton/Gemeinden).
- Gemeinsame **Finanzierung** von Projekten und Services
- Gemeinsame Festlegung von Standards und **strategischen E-Government-Services**
- Gemeinsame Beschaffungen für E-Government-Infrastruktur und E-Government-Services (**Beschaffungsstelle**)
- Gemeinsamer **Datenkatalog** als rechtliche Grundlage für den Austausch von Daten zwischen Kanton und Gemeinden (Festlegung der **zuständigen Stelle** für Bewirtschaftung von Daten, **Datenaustauschvereinbarungen** auf Prozesse ausgerichtet)

Finanzierung I



- Erhebliche Eigenleistungen können beim Kostenteiler berücksichtigt werden.
- Es ist von einem Finanzbedarf von rund 1,5 Mio. Franken/Jahr auszugehen.

Fallbeispiel: Strategischer Service «AVS / Schulträger»

Ausgangslage:

- Keine einheitliche Administrationslösung für die Schulverwaltung, dadurch doppelspurige und uneinheitliche Prozesse
- Keine Schnittstellen zwischen den verschiedenen Schulstufen und dem Amt für Volksschulen; damit einhergehend mehrfach erfasste Daten
- Verschiedene Medienbrüche, dadurch fehlerhafte und veraltete Daten

Ziel:

- Der strategische E-Government-Service «Amt für Volksschule / Schulträger» bildet die Basis, um zukünftige E-Services im Schulwesen der Volksschule verschiedenen Anspruchsgruppen zur Verfügung zu stellen.
- Zentrale Datenhaltung (Once Only Prinzip) als Basis für standardisierte Fachapplikationen
- Staatsebenenübergreifende Prozessoptimierung und -harmonisierung

Fallbeispiel: Strategischer Service «Personenregister»

Ausgangslage:

- Personendaten werden in praktisch allen Fachbereichen beim Kanton und den Gemeinden benötigt
- Aktuell werden gewisse Daten in verschiedenen Ämtern oft separat und somit mehrfach erfasst und sind unabhängig voneinander gespeichert; dies führt zu veralteten und falschen Daten

Ziel:

- Erweiterung des kantonalen Einwohnerregisters zum kantonalen Personenregister sowie dessen Festlegung als strategischer E-Government-Service
- Effiziente und koordinierte Verwaltung der Personendaten im ganzen Kanton sowie allen St.Galler Gemeinden (once only)

Fallbeispiel: Strategischer Service «Datenmanagement Einwohnende (DME)»

Ausgangslage:

- 75 von 77 Gemeinden haben dasselbe «Datenmanagement Einwohnende» im Einsatz (sehr homogen ausgerichtet).
- Ablösung der Fachanwendung «Datenmanagement Einwohnende» bei 75 Gemeinden durch die Herstellerin/Betreiberin
- Einmalige Möglichkeit zur Vereinheitlichung

Ziel:

- Vereinheitlichung des «Datenmanagements Einwohnende (DME)» für alle Gemeinden mit direkter Anbindung an das kantonale Personenregister
- Kantons- und gemeindeweites Once-only Prinzip für sämtliche Einwohnerdaten
- Harmonisierung der Arbeitsmittel (teilweise bereits in Bereichen erfolgreich umgesetzt)

Erfolgsfaktoren für das Projekt

- Sense of urgency aufgrund des Malaise, z.B. im Bereich Geodaten
- Personelle Konstellation auf kantonaler wie kommunaler Ebene
- Positive Erfahrungen schaffen Motivation und gegenseitiges Vertrauen
- Parität zwischen den Staatsebenen im Entscheidungsprozess und hinsichtlich fiskalischer Äquivalenz
- Entscheidungsfähige Gremien in einer gemeinsamen Organisation: Übertragung Verordnungskompetenz ermöglicht gemeinsame Regelungen im Verbund
- Staatsebenenübergreifender Ansatz bremst departementales Silodenken im Kanton

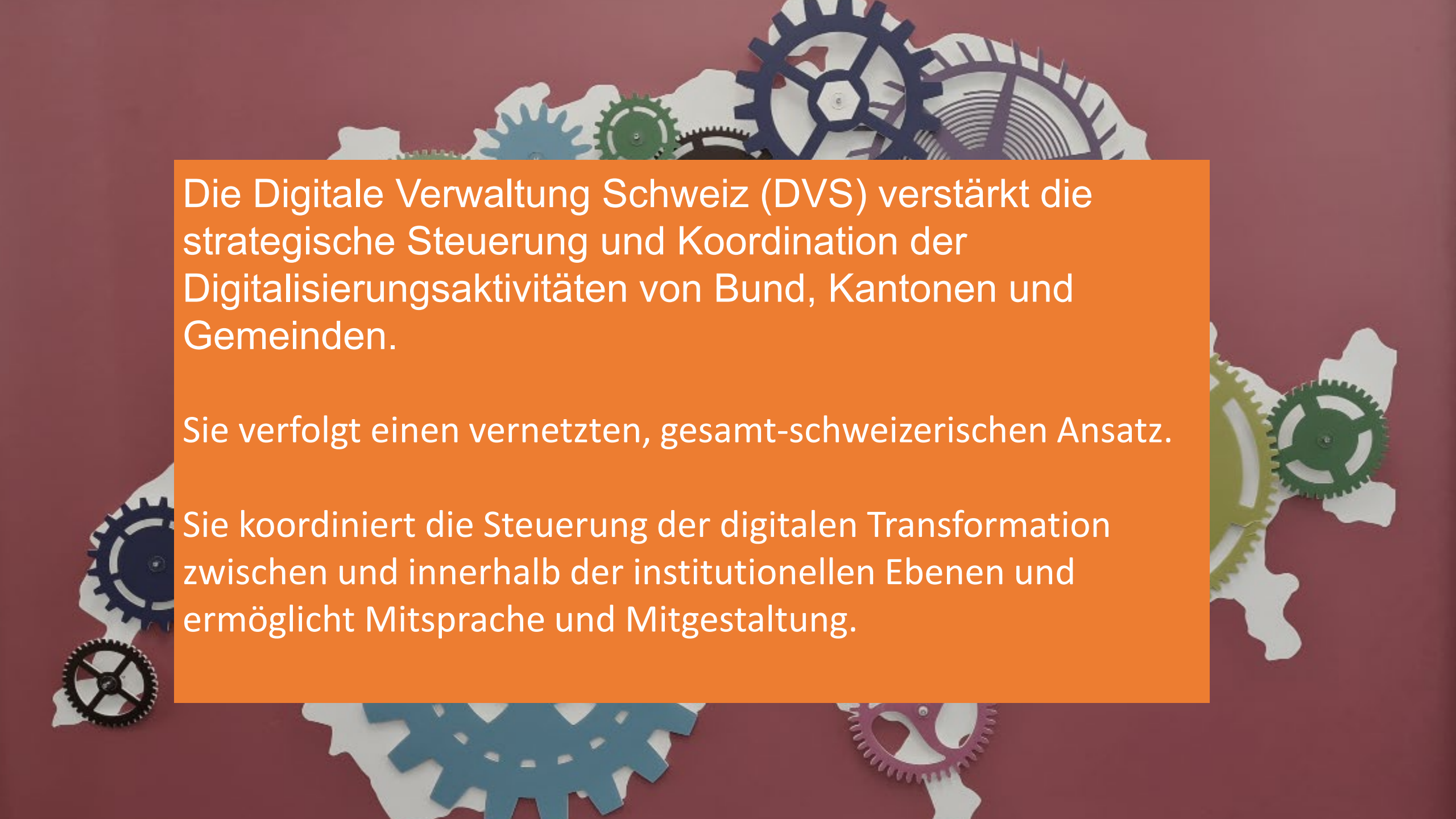
Erfolgsfaktoren für das Projekt

- Einsicht, dass Gesamtlösungen auf lange Sicht sinnvoller sind, auch wenn im Einzelfall eine isolierte Lösung günstiger erscheint
- Einsicht, dass Grössenvorteile das Kosten/Nutzenverhältnis positiv beeinflusst
- Fokus auf Kundenbedürfnisse anstelle von Partikularinteressen
- Politischer Wille und «unité de doctrine» bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und –träger

Risiken des Projekts

- Horizontales Gemeindegefüge (Finanzierung, Grundhaltung)
- Gemeinde- und Kantonsgrenzen bleiben eine Herausforderung
- Kantonaues top – down – Denken (aktuell nicht manifest)
- Die untere Staatsebene hat generell Angst, wenn die obere Staatsebene etwas macht

Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

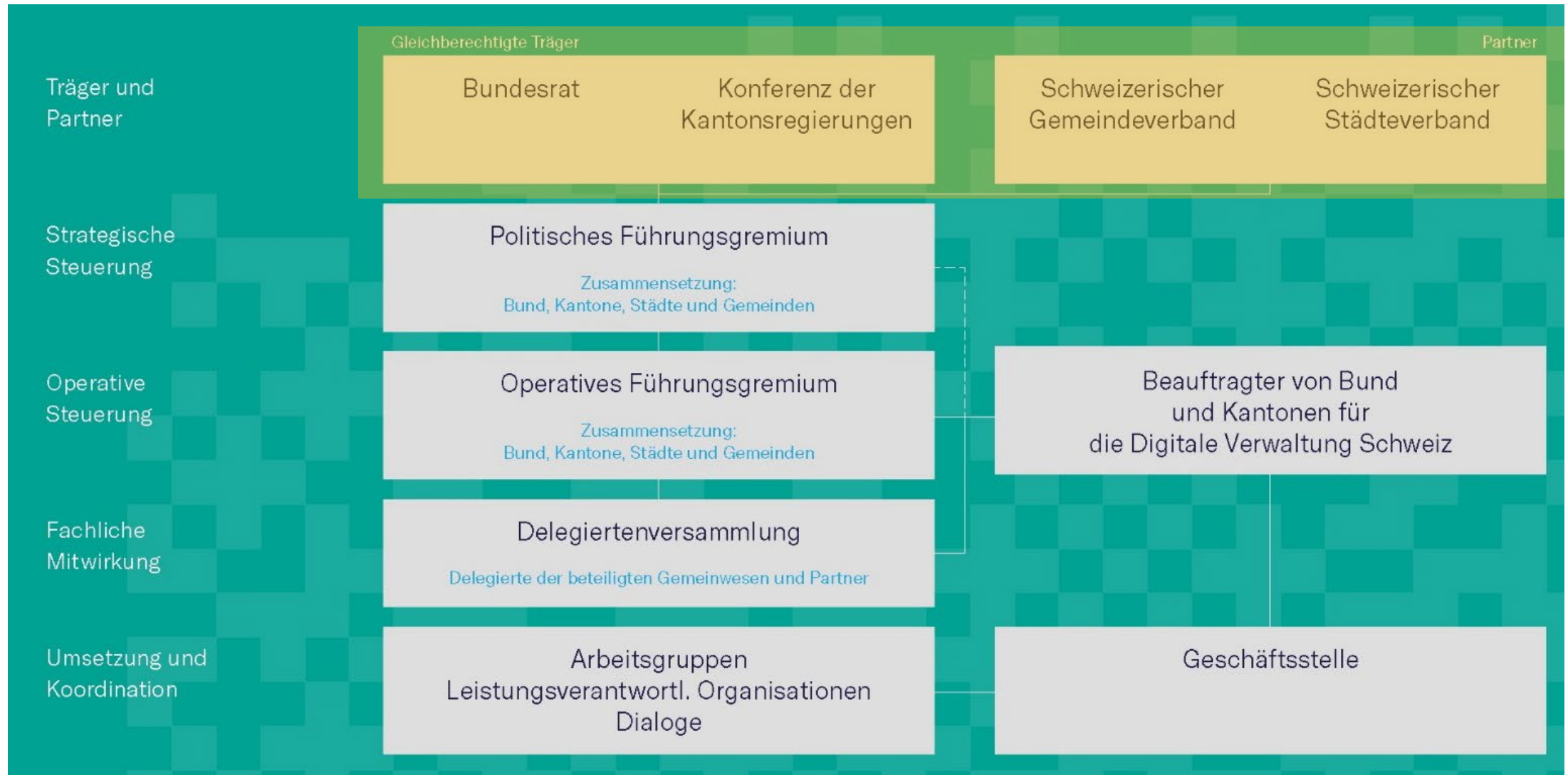
The background features a dark red color with a white silhouette of Switzerland. Various gears in shades of blue, green, and purple are scattered across the map, some overlapping it. A large orange rectangle is centered on the page, containing white text.

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) verstärkt die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Sie verfolgt einen vernetzten, gesamt-schweizerischen Ansatz.

Sie koordiniert die Steuerung der digitalen Transformation zwischen und innerhalb der institutionellen Ebenen und ermöglicht Mitsprache und Mitgestaltung.

Organe der DVS: Alle Staatsebenen sind in den Entscheidungsorganen vertreten



Zusammenarbeit: Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung

Die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) regelt die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der digitalen Transformation ihrer Verwaltungen.

Sie greift nicht in die Zuständigkeiten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden ein.

Bund und Kantone sind gleichberechtigte Träger der DVS. Entscheide kommen im Konsens zustande. Der Schweizerische Städteverband (SSV) und der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) unterstützten die DVS als Partner.

Die Vereinbarung trat am 1. Januar 2022 in Kraft.



Digitale Verwaltung Schweiz (DVS): Kurz erklärt



• Steuerung

Die DVS gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden. In den Gremien der DVS sind **Mitglieder aller föderaler Ebenen** vertreten.



• Strategische Ausrichtung

Bund, Kantone und Gemeinden definieren in einer **Strategie**, welche Ziele sie gemeinsam bei der Digitalisierung verfolgen und welche Handlungsfelder zentral sind, um die digitale Transformation der Verwaltung aktiv zu steuern.



• Umsetzungsschwerpunkte

• Mit der **Agenda** «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» setzen Bund und Kantone gemeinsame Schlüsselprojekte um.



• Zusammenarbeitsorganisation

• Die **Rahmenvereinbarung** DVS regelt die **Zusammenarbeit von Bund und Kantonen** im Bereich der digitalen Transformation ihrer Verwaltungen. Sie versteht sich als politische und fachliche Plattform.



• Ausblick

• Die DVS wird etappenweise aufgebaut. Varianten zur **Weiterentwicklung** der Rechtsgrundlagen werden aktuell entwickelt und 2023 zur Beratung in den Bundesrat und die Kantonsregierungen gehen.



• Vernetzung

• Die DVS **vernetzt Fachleute** und fördert den Dialog. Sie organisiert Fachveranstaltungen, informiert auf der Website digitale-verwaltung-schweiz.ch sowie über einen Newsletter und auf Social Media.

Handlungsschwerpunkt:
Infrastrukturen und Basisdienste.

Sie sind der Schlüssel zu nutzerfreundlichen
und effizienten digitalen Prozessen.

Erfolgsfaktoren für das Projekt

- Personelle Konstellation / politischer Wille der Verantwortlichen
- Gemeinsame Digitale Richtlinien der Kantone schaffen Grundverständnis
- Parität zwischen den Staatsebenen sowie gemeinsame Organisation schaffen Vertrauen
- Staatsebenenübergreifender Ansatz bremst departementales Silodenken auf Bundesebene
- Step by Step – Ansatz mit ansteigendem Ambitionslevel (Start mit gemeinsamer Organisation)
- Schulterchluss der politischen und fachlichen Ebene

Risiken des Projekts

- Verfassungsrechtliche Vorbehalte. Aktuell Ausarbeitung von möglichen Optionen bis Frühling 2023. >> Gefahr der Übersteuerung durch Politik
- Entscheidungsfähige Gremien nur bedingt
- Koordination unter den Kantonen (KdK?, Fachdirektorenkonferenzen?) >> zeitgemässes Föderalismusverständnis?
- Koordination im Bundesrat bzw. zwischen den Departementen, weil sich die neuen Herausforderungen nicht immer departemental einordnen lassen. >> zeitgemässes Regierungsverständnis?

Aktuelle Entwicklungen Bundesebene

- Gescheiterte E-ID Abstimmung
- Bundesgesetz über den Einsatz elektronische Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (mit Erfüllung Motion 21.4377 «digitale Leuchtturmprojekte»)
- Motion der WBK-S 22.3890: Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten
 1. Hohe Dringlichkeit: Verkehrsdaten, Gesundheitsdaten, Energiedaten etc.
 2. Hohe Komplexität: PPP-Ansätze

Erfolgsfaktoren

- Einfache Botschaften: z.B. Digitalisierung läuft schneller als Gesetzgebung in Bern oder digitaler Rückstand passt nicht zur High Tech Nation Schweiz (=> Sense of urgency für Gesetzgeber)
- Kantone / Gemeinden als Partner, nicht als Bremser oder Gegner (gleichzeitig auch Risiko)